

Bardt, Hubertus; Seyda, Susanne; Schmitz, Edgar

Research Report

Wirtschaftspolitik nach der Wahl

IW-Kurzbericht, No. 28/2025

Provided in Cooperation with:

German Economic Institute (IW), Cologne

Suggested Citation: Bardt, Hubertus; Seyda, Susanne; Schmitz, Edgar (2025) : Wirtschaftspolitik nach der Wahl, IW-Kurzbericht, No. 28/2025, Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Köln

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/313574>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Wirtschaftspolitik nach der Wahl

Hubertus Bardt / Susanne Seyda / Edgar Schmitz, 20.03.2025

Die deutsche Wirtschaft stagniert seit Jahren. Schlechte Rahmenbedingungen und die Frustration über die Ampel-Regierung haben zu der geringen Investitionsbereitschaft der Unternehmen beigetragen. Die neue Koalition hat jetzt die Chance und die Aufgabe, das Investitionsklima spürbar zu verbessern. Dazu gehört, dass die konkreten Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Aktivität zügig und deutlich verbessert werden (Demary et al., 2025; Hüther, 2025).

Die Gespräche zur Bildung einer neuen Koalition drehen sich zunächst insbesondere um Fragen der äußeren Sicherheit und der Finanzierung von Verteidigungsaufwendungen und Infrastrukturinvestitionen. Darüber hinaus muss eine neue Regierung die Aufgabe annehmen, den Wirtschaftsstandort Deutschland zu stärken und damit die langanhaltende Stagnationsphase zu überwinden. Investoren brauchen wieder Vertrauen in eine wachstumsorientierte und tatkräftige Bundesregierung.

Der neue Koalitionsvertrag muss deutlich machen, dass die unternehmerischen Problemlagen erkannt und das politisch beeinflussbare Umfeld kraftvoll verbessert werden. Im Rahmen einer Befragung des IW-Zukunftspanel im Winter 2024/2025 vor der Bundestagswahl wurden über 1.000 Unternehmen befragt, was eine neue Bundesregierung zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmen tun sollte. Gefragt wurde nach den jeweils fünf wichtigsten aus elf vorgegebenen Themenbereichen.

Hemmnisse beseitigen

Bei den Politikfeldern, in denen die befragten Unternehmen den größten Handlungsbedarf sehen, geht es um die Beseitigung von bestehenden Hemmnissen. Die Unternehmen rufen also nicht in erster Linie nach Unterstützung, sondern möchten ihre Arbeit machen können.

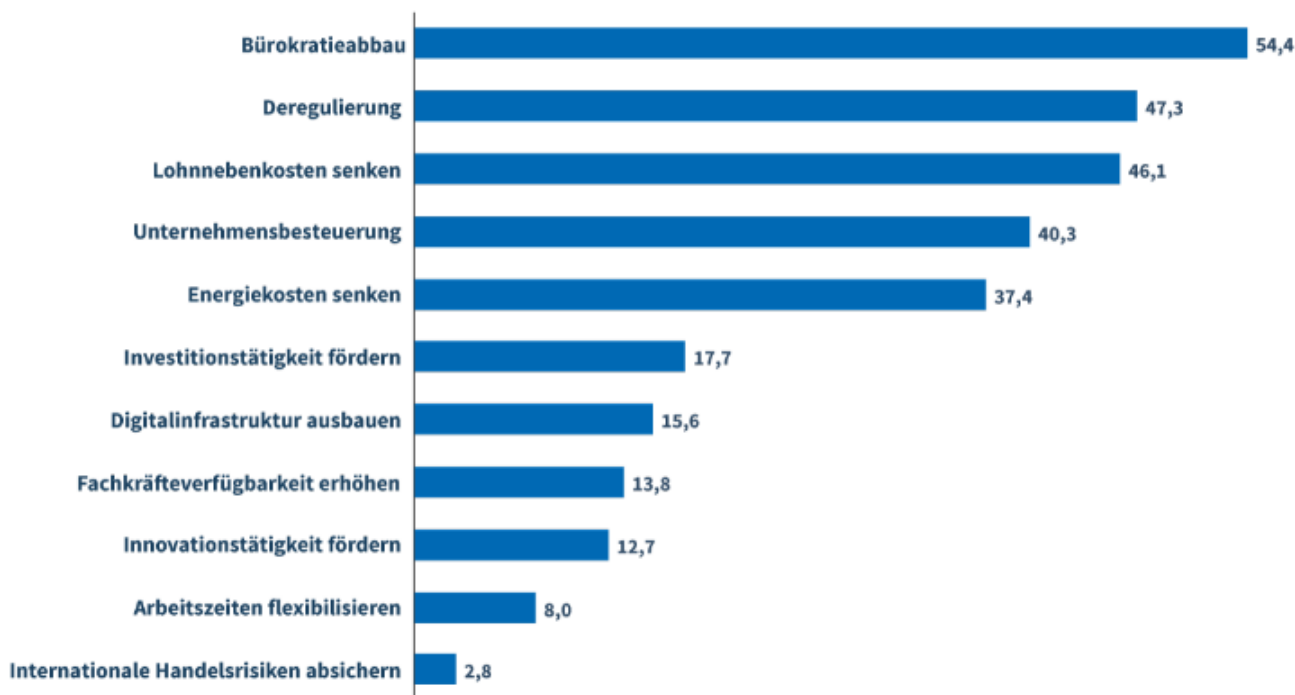
Ganz oben auf der Wunschliste steht der Bürokratieabbau. Die Mehrheit von 54 Prozent der Unternehmen sehen dies als eine der drei wichtigsten Prioritäten für die neue Regierung, für gut drei Viertel der Unternehmen ist das eine der Top-5-Aufgaben. Die Europäische Union, die für einen großen Teil der jüngeren Berichtspflichten verantwortlich ist, hat sich bereits klare Entlastungsziele in Höhe von 25 Prozent gesetzt, für Kleinunternehmen sollen es sogar 35 Prozent sein (Europäische Kommission, 2025). Deregulierung, also die Schaffung von Freiräumen durch den Abbau der Regelungsdichte, folgt mit 47 Prozent unter den Top-3-Anforderungen.

Kosten senken

Weniger Belastung wird auch auf finanzieller Ebene eingefordert. Auf den Plätzen 3 bis 5 finden sich Wünsche nach Kostensenkungen – bei Energiekosten Lohnnebenkosten und Unternehmenssteuern.

Prioritäten der Unternehmen für die neue Bundesregierung

Anteil der TOP-3-Prioritäten in Prozent



Frage: Was sollte die neue Bundesregierung tun, um bessere Rahmenbedingungen für Unternehmen in Deutschland zu schaffen?

Quelle: IW Zukunftspanel, Winter/Frühjahr 2025, Welle 50; N=1072

46 Prozent der Unternehmen nennen die Senkung der Lohnnebenkosten als eine der drei wichtigsten Prioritäten, die zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit beiträgt (Hüther et al., 2025). Auch wenn sie sich Entlastung wünschen, geht es hierbei zunächst einmal um die Beitragsstabilisierung angesichts der dynamisch steigenden demografischen Belastungen.

Die Senkung und Vereinfachung der Unternehmensbesteuerung wird von 40 Prozent der Unternehmen auf den ersten drei Plätzen genannt, von fast zwei Dritteln sogar auf den Top-5. Deutschland gehört zu den Ländern mit den höchsten Unternehmenssteuern der wichtigen Industrieländer. Damit muss jede Investition in Deutschland erst einmal einen Renditenachteil ausgleichen, um wettbewerbsfähig zu sein. Die hohen Anspannungen im Bundeshaushalt der nächsten Jahre dürfen nicht zu Steuererhöhungen und weiteren Belastungen für Investitionen führen. Bei den Unternehmenssteuern spielt neben der finanziellen Belastung auch die Vielzahl an Regelungen eine Rolle. Steuerrechtliche Vereinfachungen können die Unternehmen ebenfalls entlasten. Gerade kleine Unternehmen wünschen sich hier Erleichterungen.

Nur knapp dahinter liegt der Wunsch nach niedrigeren Energiekosten, die für 37 Prozent prioritär sind. Insbesondere für Industrieunternehmen mit hohem Energieverbrauch haben sich die Energiekosten zu einem teilweise existenziellen Problem entwickelt. Eine Senkung der Energiekosten ist insbesondere für die energieintensiven industriellen Sektoren wie die chemische Industrie und die Metallerzeugung in Deutschland wichtig. Für eine erfolgreiche Dekarbonisierung der Industrie bedarf es sowohl kurz- als auch langfristig Verlässlichkeit hinsichtlich wettbewerbsfähiger Energiekosten für die Industrie.

Wachstum fördern

Neben der kostengünstigen Deregulierung sind auch ausgabewirksame Politikfelder für unternehmerisches Wachstum wichtig. Der weitere Ausbau der Digitalinfrastruktur ist – jedenfalls im Vergleich zu den anderen Rahmenbedingungen – nicht zentral. Nur 16 Prozent nennen diese Rahmenbedingung als eines der wichtigen Handlungsfelder. Während der digitale Infrastrukturausbau auf dem Weg zu sein scheint, steckt die digitale Verwaltung weiterhin in den Kinderschuhen. Hier

werden große Effizienz- und Geschwindigkeitspotenziale der Verwaltung nicht genutzt.

Die Unternehmen zeigen eindrücklich auf, dass Freiräume besonders wichtig sind, damit sie unternehmerisch handeln können. Sind die Rahmenbedingungen gut und verlässlich, dann ist zu erwarten, dass sie aus eigener Kraft und mit eigenen Mitteln investieren und innovieren. Dies zeigt sich daran, dass nur eine Minderheit der Unternehmen eine stärkere direkte Förderung der Investitionstätigkeit (18 Prozent) und eine direkte Förderung der Innovationstätigkeit (13 Prozent) als Top-3-Priorität sieht; bei den Großunternehmen sind es noch weniger.

Im Vergleich zu anderen Themen sehen die Unternehmen weniger politischen Handlungsspielraum bei der Sicherung von Fachkräften, den Arbeitszeiten oder der Absicherung internationaler Handelsrisiken.

Die Fachkräftesicherung wird nur von 14 Prozent zu den Top-3-Maßnahmen genannt. Als wichtigste Maßnahme sehen sie nur 3,5 Prozent der Unternehmen. Unter den Großunternehmen ist der Wunsch nach Verbesserung der Fachkräfteverfügbarkeit ausgeprägter als bei den kleinen und mittleren Unternehmen.

In der Arbeitszeitpolitik und der Handelspolitik liegen aus volkswirtschaftlicher Sicht wichtige Hebel zur Wohlstandssicherung. Für die Unternehmen stehen diese Aufgaben aber nicht ganz oben. Ein Grund könnte darin liegen, dass die Unternehmen zunächst die Aufgaben erledigt sehen wollen, bei denen die Bundesregierung einen direkten Einfluss hat. Bei Änderungen der Arbeitszeit sind hingegen die Tarifparteien gefordert und beim internationalen Handel sind Drittländer beteiligt. Für die exportorientierte Industrie hat gerade die Handelspolitik aber eine höhere Priorität. Für jedes dritte Großunternehmen und jedes fünfte Industrieunternehmen zählen internationale Handelsabkommen zu den Top-5-Maßnahmen.

Fazit

Die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands wird durch externe Entwicklungen wie wachsende chinesische Überkapazitäten, die demografische Schrumpfung oder eine aggressive amerikanische Zollpolitik verschlechtert. Vor allem sind aber die heimischen

Standortbedingungen nicht mehr attraktiv genug für die nötigen unternehmerischen Investitionen in Deutschland. Eine Stärkung des Standorts ist notwendig, um die Dekarbonisierung zu leisten, die Alterung der Bevölkerung auszugleichen, die notwendigen Ausgaben in die äußere Sicherheit zu finanzieren und den Wohlstand des Landes zu steigern. Eine zentrale Aufgabe der neuen Bundesregierung liegt darin, die Investitionsbedingungen in Deutschland zu verbessern. Die befragten Unternehmen sehen die Schaffung von Freiräumen durch Entbürokratisierung und Deregulierung sowie die Entlastung bei Sozialabgaben, Steuern und Energiekosten als prioritär an.

Das IW-Zukunftspanel

Die Daten basieren auf der Unternehmensumfrage des IW-Zukunftspanels Winter/Frühjahr 2025, Welle 50. An der Befragung vom 15.01. bis 13.02.2025 haben 1.076 Geschäftsführerinnen und -führer von Unternehmen aus den Branchen der Industrie und der unternehmensnahen Dienstleistungen mit mindestens einem Beschäftigten teilgenommen.

Literatur

Demary, Markus / Hentze, Tobias / Kirchhoff, Jasmina / Voigtländer, Michael, 2025, Eine Agenda für mehr private Investitionen, IW-Policy Paper, Nr. 2, Köln

Europäische Kommission, 2025, A Competitiveness Compass for the EU, COM(2025) 30 final, Brüssel

Hüther, Michael, 2025, Eine Agenda für die neue Legislaturperiode. Wettbewerbsfähigkeit und Transformation, IW-Policy Paper, Nr. 1, Köln

Hüther, Michael / Obst, Thomas / Pimpertz, Jochen, 2025, Steigende Sozialversicherungsbeiträge belasten die Wettbewerbsfähigkeit. Investitionen und Wirtschaftswachstum mobilisieren statt belasten, IW-Policy Paper, Nr. 3, Köln / Berlin

IW-Zukunftspanel, 2025, Welle 50, [IW-Zukunftspanel - Institut der deutschen Wirtschaft \(IW\) \(iwkoeln.de\)](https://www.iwkoeln.de)